



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

Bericht der Landesregierung zur Situation der Aufnahme der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und deren Auswirkungen in und auf Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, in der 59. Tagung mündlich zu den Entwicklungen bei der Aufnahme der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Schleswig-Holstein zu berichten und dabei insbesondere in den Blick zu nehmen

- Die Ergebnisse des Bund-Länder-Gipfels
- Den aktuellen Stand der Registrierung
- Etwaige, aufgedeckte Sicherheitslücken bei der Aufnahme ukrainischer oder drittstaatsangehöriger Flüchtlinge
- Die Einbeziehung ukrainischen Fachpersonals zur Bewältigung der im Kontext mit der Aufnahme und Integration stehenden Aufgaben
- Die personelle Situation in den kommunalen Behörden
- Die Integration in Kitas
- Die Situation an den Schulen, insbesondere in Bezug auf DAZ-Kapazitäten in Bezug auf Raum und Personal sowie zur Verfügung stehenden Mittel
- Die Integration in den Arbeitsmarkt
- Die tatsächlichen Kapazitäten für Sprachkurse in Bezug auf Mittel und Lehrkräfte
- Die tatsächlichen Aufnahmekapazitäten auf dem Wohnungsmarkt

- Die Situation der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten
- Die Situation der geflüchteten Studenten und Studentinnen und Möglichkeiten zur Integration
- Die Situation der Drittstaatsangehörigen und Möglichkeiten zur Integration, insbesondere derjenigen, denen kein Aufenthaltsrecht entsprechend der EU-Richtlinie zugestanden wird.
- Erkenntnisse darüber, ob pro-russische Demonstrationen für die Verbreitung kriegsverherrlichender oder den Angriff auf die Ukraine verherrlichenden Gedankenguts oder sonst zur Radikalisierung der russischstämmigen schleswig-holsteinischen Bevölkerung genutzt werden.
- Erkenntnisse über Anfeindungen gegen bei uns lebende russischstämmige Menschen

Barbara Ostmeier
und Fraktion

Aminata Touré
und Fraktion

Jan Marcus Rossa
und Fraktion